

N i e d e r s c h r i f t

über die konstituierende Sitzung des Stadtrates vom 9. Mai 2014

Zu TOP 1:

Mit der Eidesformel

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

werden die neugewählten Stadtratsmitglieder

Hedwig Borgmann
Dr. Maximilian Fendl
Stefan Gruber
Maximilian Götzer
Karina Habereeder
Thomas Haslinger
Anke Humpeneder-Graf
Anja König
Prof. Dr. Frank Palme
Tilman von Kuepach
Gertraud Rößl
Philipp Wetzstein

durch Oberbürgermeister Hans Rampf feierlich vereidigt.

Zu TOP 2:

Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister

Auf die beiliegenden Niederschriften wird verwiesen (Anlage 1a und 1 b).

Zu TOP 3:

Nach Feststellung des Wahlergebnisses wird der neu gewählte ehrenamtliche 3. Bürgermeister Erwin Schneck durch Herrn Oberbürgermeister Rampf mit folgender Eidesformel vereidigt:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.“

Zu TOP 3.1:

Der Antrag Nr. 3 von Stadtrat Klaus Pauli zur Änderung der Geschäftsordnung (Fraktionsstärke künftig mindestens 4 Mitglieder) wird abgelehnt.

Abstimmung: 36:6

Zu TOP 4:

„Es wird festgestellt, dass die Stadtratsmitglieder Thomas Haslinger, Karina Haberer und Bernd O. Friedrich mit Schreiben vom 17. April 2014 an den Herrn Oberbürgermeister wirksam eine Stadtratsfraktion „JL-BFL“ angezeigt haben.“

Abstimmung: 23:20

Zu TOP 5:

„Es wird festgestellt, dass sich die Stadtratsmitglieder Christine Ackermann, Elke März-Granda, Norbert Hoffmann, Margit Napf und Robert Neuhauser zu einer Ausschussgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Die entsprechende schriftliche Anzeige an den Herrn Oberbürgermeister ist mit Schreiben vom 9. April 2014 erfolgt. Die Ausschussgemeinschaft ist nur für die Besetzung von Gremien zulässig, in denen die ÖDP keinen eigenen Anspruch zur Benennung eines Mitglieds hat.

Die Ausschussgemeinschaft führt die Bezeichnung „Ausschussgemeinschaft 1“ (AG 1).“

Abstimmung: 44:0

Zu TOP 6:

„Es wird festgestellt, dass sich die Stadtratsmitglieder Norbert Hoffmann, Margit Napf und Robert Neuhauser zu einer Ausschussgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Die entsprechende schriftliche Anzeige an den Herrn Oberbürgermeister ist mit Schreiben vom 9. April 2014 erfolgt.

Die Ausschussgemeinschaft gilt für alle Gremien, für die die Ausschussgemeinschaft 1 wegen eines eigenständigen Anspruchs der ÖDP nicht zulässig ist.

Die Ausschussgemeinschaft führt die Bezeichnung „Ausschussgemeinschaft 3“ (AG 3).“

Abstimmung: 44:0

Zu TOP 7:

Der Antrag Nr. 1315 der Stadträte Christine Ackermann, Norbert Hoffmann, Elke März-Granda, Margit Napf und Robert Neuhauser, künftig nur mehr Fraktionen ab einer Mitgliederstärke von mindestens fünf Personen mit einem Büro und einer eigenen Schreibkraft auszustatten, wird abgelehnt.

Abstimmung: 31:10

Zu TOP 8:

Über folgende Anträge zur Geschäftsordnung wurde Beschluss gefasst:

1. Der Antrag Nr. 1312 der Fraktion Landshuter Mitte zur Neufassung von § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung:
„Jedes Ausschussmitglied kann sich im Falle seiner Verhinderung durch ein anderes Stadtratsmitglied vertreten lassen.“
wird von Frau Stadträtin Dr. Goderbauer-Marchner zurückgezogen.

2. Der Antrag Nr. 1308 von Frau Stadträtin Jutta Widmann zur Neufassung von § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung:
„Für jedes Ausschussmitglied werden für den Fall seiner Verhinderung zwei Stellvertreter/innen bestimmt.“
wird abgelehnt.

Abstimmung: 28:15

3. Die Anträge Nr. 1176 und 1318 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Sätze 2 und 3 zu streichen, werden in das Geschäftsordnungsänderungsverfahren verwiesen.

Abstimmung: 41:0

4. Der Antrag Nr. 1313 der Fraktion Landshuter Mitte, § 21 Satz 3 der Geschäftsordnung wie folgt neu zu fassen:
„Bei der Terminierung von Sitzungen sind die Belange berufstätiger Stadtratsmitglieder gebührend zu berücksichtigen; Ausschüsse werden an den Tagen Montag bis Donnerstag frühestens für 17 Uhr einberufen.“
wird abgelehnt.

Abstimmung: 35:6

5. Der Antrag Nr. 1317 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei § 25 der Geschäftsordnung folgenden Absatz 2 neu hinzuzufügen:
„Vor Eintritt in die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung des Stadtrates findet eine Bürgerfragestunde statt. Diese dauert maximal 15 Minuten. Eine Aussprache durch den Stadtrat hierzu findet in der Sitzung nicht statt. Wenn die Fragen nicht sofort beantwortet werden können, soll dies innerhalb von zwei Wochen schriftlich geschehen. Fragen und Antworten werden in die Niederschrift aufgenommen.“
wird abgelehnt.

Abstimmung: 36:7

6. Zum Antrag Nr. 1319 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, § 26 der Geschäftsordnung um folgenden Abs. 5 zu ergänzen:
„Vertrauenspersonen von Bürgerbegehren gemäß Art. 18a Abs. 4 BayGO werden bei der Debatte über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gem. Art. 18a Abs. 8 als Sachverständige zur Beratung hinzugezogen. Sie erhalten in der Debatte Rederecht im Stadtrat.“

werden folgende Beschlüsse gefasst:

6.1 Die Verweisung des Antrags in das Geschäftsordnungsänderungsverfahren wird abgelehnt.

Abstimmung: 35:7

6.2 Der Antrag Nr. 1319 wird abgelehnt.

Abstimmung: 34:10

6.3 Der Änderungsantrag von Stadtrat Robert Gewies, nur **eine** Vertrauensperson hinzuzuziehen, wird abgelehnt.

Abstimmung: 31:14

7. Zum Antrag Nr. 1314 der Fraktion Landshuter Mitte, die Geschäftsordnung um folgende Bestimmung zu ergänzen:

„Bei Ausschussberatungen wird im Vornhinein eine maximale Dauer von drei Stunden festgesetzt. Die Ausschusssitzungen sind entsprechend von den Referenten vorzubereiten.

Im Plenum ist eine geeignete Kraft einzusetzen, um eine Rednerliste zu führen und die Redezeit zu kontrollieren. Damit soll der Ablauf der Sitzungen effizienter werden.

Die Verwaltung hat geeignete Vorschläge zu unterbreiten.“

werden folgende Beschlüsse gefasst:

7.1 Antrag von Frau Dr. Dagmar Kaindl auf Ende der Debatte

Abstimmung: 36:7

7.2 Der Antrag Nr. 1314 wird abgelehnt.

Abstimmung: 34:10

7.3 Der Stadtrat beschließt als Absichtserklärung, dass bei Ausschussberatungen grundsätzlich eine maximale Dauer von drei Stunden anzustreben ist.

Abstimmung: 39:5

8. Antrag Nr. 1299 der Fraktion Freie Wähler zur Bildung eines zusätzlichen Ausschusses für Beschwerden, Eingaben und Bürgeranliegen, der sich speziell mit Anliegen der Landshuter Bürgerinnen und Bürger beschäftigen soll, wird abgelehnt.

Abstimmung: 33:9

9. Der Antrag Nr. 1310 der Stadträte Dr. Thomas Keyßner, Sigi Hagl, Christine Ackermann, Elke März-Granda, Robert Gewies und Maria Haucke, den Bund Naturschutz gem. § 26 Abs. 4 Geschäftsordnung als beratendes Mitglied im Umweltsenat aufzunehmen, wird abgelehnt.

Abstimmung: 27:10

10. Darüber hinaus wird folgender Beschluss gefasst:

„Die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Landshut vom 1. Dezember 2008, geändert mit Beschlüssen vom 18. Dezember 2009 und 24. September 2010 wird mit diesen Änderungen übernommen. Für alle weiteren Änderungen sind gemäß Geschäftsordnung zwei Lesungen im Plenum erforderlich.“

Abstimmung: 37:0

Zu TOP 9:

Die Besetzung der Ausschüsse und die Entsendung von Stadtratsmitgliedern in die weiteren Gremien wird gemäß den von den im Stadtrat vertretenen politischen Gruppierungen schriftlich vorab eingereichten Vorschlägen unter Berücksichtigung der während der Sitzung bekannt gegebenen Änderungen beschlossen (siehe Anlage 2).

Über den Vorsitzenden im Rechnungsprüfungsausschuss und dessen Stellvertreter ist noch Beschluss zu fassen.

Abstimmung: 40:0

Zu TOP 10:

Die Verwaltungsbeiräte werden entsprechend den während der Sitzung abgegebenen Vorschlägen bestellt (siehe Anlage 3).

Abstimmung: 40:0

Zu TOP 11:

Als Delegierte für die Vollversammlung des Bayerischen Städtetages am 9. und 10. Juli 2014 in Altötting werden benannt:

Oberbürgermeister Hans Rampf

Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner

Abstimmung: 40:0

Zu TOP 12:

Zum Antrag Nr. 1320 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Stadtrat empfiehlt den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Sparkasse Landshut, sich bei der Festlegung ihrer Aufwandsentschädigung an der unteren Grenze der vom Bayerischen Sparkassenverband empfohlenen Werte zu richten.“

wird folgender Beschluss gefasst:

„Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.
Es wird festgestellt, dass dem Antrag durch die derzeit bestehende Entschädigungsregelung bereits Rechnung getragen wird.“

Abstimmung: 40:0

Zu TOP 13

Der Antrag Nr. 1332 von Stadtrat Robert Mader:

„Die Sitzordnung im Plenum wird nach dem System „Hare/Niemeyer“ bestimmt, und zwar nach den erzielten Stimmen der jeweiligen Partei bzw. Wählergruppe. Eine Zusammenrechnung von Stimmen verschiedener Wahlvorschläge unterbleibt.“
wird zurückgezogen.

Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Sitzordnung zu.

Abstimmung: 40:0

Protokollnotiz:

Stadtrat Thomas Haslinger bittet darum, die Sitzordnung für das Juni-Plenum so zu ändern, dass die Fraktion JL-BFL zwischen der CSU und den Freien Wählern platziert wird.

Zu TOP 14:

Die Sitzungsferien werden festgelegt für die Zeit vom 30.07. mit 15.09.2014.

Abstimmung: 40:0

Landshut, den 9. Mai 2014
STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister